Der Landrat

Beratungsergebnis

der 6. Sitzung des Kreisausschusses
am Mittwoch, dem 19.05.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

12. Aufgabenzuwachs durch neue sicherheits- und ordnungsrechtliche Aufgaben in der Ausländerbehörde - DS-Nr.: 5454 -

Die GRÜNE-Fraktion erkundigte sich, ob es für den Aufgabenzuwachs irgendeine Form der Gegenfinanzierung seitens des Auftraggebers gebe.

Die Verwaltung teilte mit, dass dies im Moment leider noch nicht zu erkennen sei. Nach dem derzeitigen Gesetzgebungsstand müssten zunächst einmal die rechtlichen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene geschaffen werden, die dann womöglich unter Hochdruck im Dezember d. J. für Januar 2022 auf nationaler Ebene im Gesetzgebung umzuwandeln seien. Das zusätzliches Personal eingestellt werden müsse, werde oftmals negativ gesehen. Sie wolle daher an den Fall Anis Amri und die Problematik der Informationshinterlegung sowie der Behördenkommunikation erinnern. Dies beschreibe zum einen den dringlichen Bedarf an Sicherheit und zum anderen, wie wichtig es sei, dass Fach- und Sicherheitsbehörden innerhalb Deutschlands, aber auch grenzübergreifend besser und zuverlässiger zusammenarbeiteten.

Die SPD-Fraktion merkte zum Ausländerzentralregister an, dass es dringend Zeit werde, dass dort die Informationen schneller eingepflegt würden. Die Änderungen gingen von der EU und dem Bund aus; sie frage sich, ob sichergestellt sei, dass die dann eingesetzten EDV-Systeme auch von vornherein passende Schnittstellen zu den örtlichen Ausländerbehörden aufwiesen und wer sich darum kümmere.

Die Verwaltung trug vor, nur hoffen zu können, dass die Gesetzgeber in Europa die Vorgaben möglichst schlank gestalteten und die nachgeordneten und beauftragten IT-Dienstleister eine Software schafften, die von allen benutzt werden könne. Die Frage, ob dies sichergestellt sei, könne zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich nicht einmal das Land oder der Bund beantworten.

Die CDU-Fraktion äußerte ihre Bedenken sowie ihre Verärgerung darüber, dass es wieder einmal einen Aufgabenzuwachs von übergeordneter Ebene gebe und die Kosten für das einzustellende Personal nicht ersetzt würden.

Die AfD-Fraktion regte an, dass der Kreis mit anderen Städten und Kreisen an die Interessenvertretungen mit der Anregung herantrete, dass dem Konnexitätsgrundsatz Rechnung getragen werde. Der Landrat sagte zu, dies über den Landkreistag weiterzugeben.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen